

Postdemokratie

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Gestalten Sie in Partnerarbeit ein Plakat zum Thema »TTIP und Postdemokratie«. Beziehen Sie dabei die folgenden Fragen mit ein:

- Was versteht Colin Crouch unter Postdemokratie? (M1)
- Inwiefern kann das Handelsabkommen TTIP als Symptom der Postdemokratie angesehen werden? (M2)
- Was entgegnet die EU-Kommission auf den

Vorwurf mangelnder Demokratie im Aushandlungsprozess von TTIP? (M3)

- Was ist Ihr Fazit zum Thema »TTIP und Postdemokratie«?

2. Lesen Sie die Definition von Postdemokratie M1 und das Infoblatt II.5 »Regulatorische Kooperation«. Überlegen Sie, ob Regulatorische Kooperation als Symptom einer Postdemokratie angesehen werden kann oder nicht, sammeln Sie drei Argumente.

M1 Postdemokratie

1 »Postdemokratie« [...] bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von den gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.

[...] In einer Postdemokratie, in der immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft übergeht, stehen die Chancen schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen. [...] Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert. ■ Quelle: Crouch, Colin 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt/M., S. 10ff

M2 »TTIP ist ein Geschenk an die Konzerne«

1 **DER FREITAG:** Sie arbeiten für die lobbykritische Organisation CEO. Sind Sie nicht selbst die mächtigste Lobbyistin in Sachen TTIP?

5 **PIA EBERHARDT:** Das ist eine lustige Frage, aber sie ist natürlich Quatsch. Wer Macht hat in Brüssel, kann man an durchgesickerten Verhandlungstexten sehen. Da finden sich teilweise eins zu eins die Positionen des europäischen Pestizidverbands, des Arbeitgeberverbands Eurobusiness oder der US- Handelskammer. TTIP ist ein Geschenk

an die Konzerne. Die Lobbyisten können nun alle Regulierungen aus dem Weg räumen, was sie in den vergangenen Jahren über ordentliche Gesetzgebungsprozesse nicht geschafft haben.

15 **DER FREITAG:** Wie können die Konzerne bei TTIP so viel mehr beeinflussen?

20 **PIA EBERHARDT:** Die Verhandlungen finden im Geheimen statt. Für die Öffentlichkeit ist es sehr viel schwerer zu beurteilen, was TTIP wirklich bedeutet. Gleichzeitig arbeiten die Verhand-

ler eng mit Konzernen und Lobbygruppen zusammen. In der Vorbereitungsphase traf sich die EU-Kommission ausschließlich mit Wirtschaftsunternehmen. Bis zur Ankündigung der Verhandlungen gab es kein einziges Treffen mit Gewerkschaften, Verbraucher- oder Umweltverbänden.

DER FREITAG: Inzwischen gibt es eine große Protestbewegung. Aber niemand weiß, was im Vertrag steht. Wie können Sie den dann kritisieren?

PIA EBERHARDT: In der Tat kennen wir den finalen Vertragstext noch nicht. Aber die bisher veröffentlichten Geheimpapiere zeigen, dass unsere Sorgen berechtigt sind. [...]

DER FREITAG: Lehnen Sie Handelsverträge generell ab? Einheitliche Standards sind doch sinnvoll, zum Beispiel bei Autoblindlichtern oder Handyladegeräten.

PIA EBERHARDT: Ich bin nicht gegen internationalen Handel und auch nicht gegen internationale Verträge. Ich kann mir tolle Abkommen vorstellen, um den Arbeitsschutz zu stärken und Finanzmärkte zu regulieren. Aber die jetzt diskutierten Freihandelsabkommen dienen nur den Konzernen. Die wichtigen Entscheidungen werden von privaten Schiedsgerichten getroffen. Das hat mit Handel im eigentlichen Sinne nichts zu tun.

DER FREITAG: Was ist daran so schlimm?

PIA EBERHARDT: Durch die Schiedsgerichte wird eine Art Paralleljustiz geschaffen. Ausländische Investoren können Staaten verklagen, wenn sie ihre Profite in Gefahr sehen. Einheimische Unternehmen und die Bürger hingegen haben keinen Zugang zu diesen Privatgerichten. Anders als im europäischen Rechtssystem sitzen dort auch keine unabhängigen Richter, sondern Privatpersonen, die mehr verdienen, je mehr Klagen es gibt. Sie haben also ein Interesse, das System klagefreundlich zu halten, und entscheiden oft zu Gunsten der Investoren. [...]

DER FREITAG: Wenn Investoren aber vor den regulären nationalen Gerichten klagen müssten, würden die Gerichte dann nicht für den Staat entscheiden? Sie sind doch Teil des Staates, nicht unabhängig.

PIA EBERHARDT: Mir sind keine Untersuchungen bekannt, die zeigen, dass europäische Gerichte systematisch ausländische Investoren diskriminieren würden. Schiedsgerichte sind also nicht notwendig. Akzeptabel wäre höchstens ein internationaler Investitionsgerichtshof, an dem dann aber auch Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch transnationale Unternehmen bestraft werden können. Das hat allerdings keine realistischen Chancen auf Umsetzung, ist also eine Nebelkerze in der Diskussion. [...]

DER FREITAG: Lange Zeit wurden immer wieder Geheimpapiere über TTIP veröffentlicht, das hat die Diskussion befeuert. Inzwischen stellt die EU-Kommission selbst Dokumente auf ihre Webseite. Nimmt die Kommission Ihnen dadurch den Wind aus den Segeln?

PIA EBERHARDT: Das ist eine geschickte PR-Offensive. Die Kommission publiziert teilweise Positionspapiere, die sie so in Washington vorgelegt hat. Die sind aber in der Regel schon vorher von Abgeordneten oder Organisationen wie uns veröffentlicht worden. Die meisten Dokumente hingegen sind bloß Propagandapapiere, in denen die Kommission beschreibt, wie ihre Position angeblich aussieht. Wenn wir dann ein echtes Positionspapier zu Gesicht bekommen, gibt es jedoch immer auffällige Unterschiede.

DER FREITAG: Trotzdem gibt es jetzt die Transparenzinitiative.

PIA EBERHARDT: Welche Transparenz? Solange ich nicht die tatsächlichen Kapitelentwürfe habe, muss ich von Geheimverhandlungen sprechen. Vergleichen Sie das doch mit einem normalen Gesetzgebungsverfahren. Das ist auch nicht besonders transparent. Trotzdem können sich interessierte Bürger den Gesetzentwurf in verschiedenen Stadien angucken.

DER FREITAG: Bevor ein deutsches Gesetz beschlossen wird, gibt es normalerweise einen Regierungsentwurf, der ist öffentlich. Aber die Entscheidungen werden schon vorher gefällt, die Ministerien sprechen sich ab. Und die Öffentlichkeit erfährt von dem Gesetzestext erst, wenn alles gelaufen ist.

PIA EBERHARDT: Für die europäische Politik gilt das so nicht. Natürlich gibt es da intransparente Vorabsprachen und Weichenstellungen, das kritisieren wir auch. Aber bei einem EU-Gesetz wird der Vorschlag der Kommission veröffentlicht, die Position des Rates, die erste Position des Parlaments, alle Änderungsanträge, die die Abgeordneten vorlegen zu der ersten Position, die nächste Position und so weiter. Das ist alles öffentlich. Bei TTIP hingegen hat die Kommission angekündigt, keinen einzigen Entwurf des Vertrags vorzulegen, weil die US-Regierung das nicht möchte. Wenn die Verhandlungen fertig sind, ist es zu spät. [...]

Quelle: Jonas Weyrosta, Felix Werdermann, Der Freitag vom 03.03.2015

Pia Eberhardt, 36, arbeitet für Corporate Europe Observatory (CEO) in Brüssel und Köln. Die Nichtregierungsorganisation setzt sich für Transparenz und eine strenge Regulierung des Lobbyismus ein.

M2 Doppelt demokratisch abgesichert

- 1 Vor dem Abschluss eines Handelsabkommens sind drei Phasen zu durchlaufen: Mandat, Verhandlungen und Entscheidung.
- 5 **Mandat – Regierungen der EU-Länder erteilen der Kommission einen Verhandlungsauftrag**
- Die Europäische Kommission ist der öffentliche Dienst der EU. Zu unseren Aufgaben gehört die Aushandlung von Handelsabkommen für alle 28 EU-Mitgliedstaaten. In diesem Fall gaben uns die nationalen Regierungen Leitlinien – unser Mandat – zur Aufnahme der TTIP-Verhandlungen im Juni 2013.
- 15 **Verhandlungen – geführt von der Kommission, begleitet von umfangreichen Konsultationen**
- Die Aushandlung von Handelsabkommen nimmt Zeit in Anspruch – manchmal mehrere Jahre. Für das TTIP-Team der EU bedeutet das:
 - Zusammenkünfte mit den Verhandlungsführern des US-Handelsbeauftragten
 - Austausch schriftlicher Vorschläge
 - 25 - Abfassung des endgültigen Textes – der voraussichtlich mehrere Hundert Seiten umfassen wird.
 - Dabei konsultieren wir die Öffentlichkeit in jeder Phase möglichst intensiv. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind, wird der ausgehandelte Wortlaut im Internet veröffentlicht [...].
 - 30 **Entscheidung – nationale Regierungen und Mitglieder des Europäischen Parlaments haben das letzte Wort**
 - Nach juristischer Überprüfung und Übersetzung des Textes leiten wir ihn weiter an:
 - die Regierungen der EU-28-Mitgliedstaaten
 - das Europäische Parlament
 - 40 Die endgültige Entscheidung ist dann doppelt demokratisch abgesichert. Nicht die Kommission, sondern die nationalen Regierungen und das Europäische Parlament entscheiden, ob das Abkommen geschlossen wird. ■ Quelle: Europäische Kommission, <http://ec.europa.eu> (22.03.2016)



Demokratie in Europa? Symbolträchtiger Protest in Frankfurt am Main
Foto: Attac